

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 07/2010

17. Jahrgang

23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. Oktober 2010

## Um jeden Meter viel Gezeter

Die Diskussion um den Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan „Neuer Markt/Plantage“ geriet trotz aller Bebauungen, dass nun der Wahlkampf vorbei sei und man zur Sachlichkeit zurückkehren würde, wieder in bekannte Bahnen.

Rolf Kutzmutz brachte es auf den Punkt: Er habe dem Baubeigeordneten Matthias Klipp eine Wette angeboten, dass alles, was die LINKE zur Gestaltung der Mitte vorschlagen würde, abgelehnt werde.

Wette gewonnen, musste Kutzmutz leider feststellen, denn auch der Vorschlag der LINKEN, das im B-Plan enthaltene Baufeld für die Garnisonkirche etwas zu vergrößern, wurde abgelehnt. Die LINKE wollte die Option offenhalten, falls die (bisher nicht untersuchte) Tragfähigkeit des Original-Fundamentes nicht gegeben sei, ein neues Fundament so zu bauen, dass man aus der Flucht der Breiten Straße herauskommt und sich den Straßenbau sparen könnte. Brigitte Oldenburg argumentierte gar mit dem Kaiser. Der Erbauer, Friedrich Wilhelm I., war bekanntlich sparsam, die Möglichkeit zur Einsparung wäre auch in seinem Sinne gewesen.

Es half alles nichts: Es komme auf jeden Meter an, waren sich die Sprecher der Rathauskooperation aus SPD, CDU, FDP und Grünen einig, das Stadtbild wieder herzustellen: Fluchten, Sichtachsen, Silhouetten, Traufhöhen, Fassaden – alles sei von den



Wenn das alte Fundament der Garnisonkirche nicht mehr intakt ist, könnte man den Bau einige Meter aus der Straßenflucht nehmen und sich den Eingriff in die Breite Straße sparen. Diese Option offen zu halten, wie sie die LINKE vorschlug, wurde abgelehnt. Foto: bm

Baumeistern als „stadtkompositorisches Konzept“ vorgegeben und für die Wiederherstellung unumgänglich. „Der Originalstandort der Kirche wird mit viel Geld erkaufte“, mahnte Hans-Jürgen Scharfenberg, bevor der Ergänzungsantrag der LINKEN mehrheitlich abgelehnt wurde.

Bereits in der vorigen Stadtverordnetenversammlung hatte die LINKE mit einem Ergänzungsantrag zum Leitbautenkonzept keinen Erfolg, als sie den Wohnblock Am Alten Markt 10 aus der Planung herausnehmen wollte, bevor nicht Festlegungen zum Ersatz der mehr als 100 Wohnungen getroffen wurden.

Den Vorwurf der Rathauskooperation, die LINKE sabotiere die Gestaltung der Mitte, kann sie mit gewissem Stolz tragen. Denn unwidersprochen hinnehmen kann man den euphorischen Drang nach puppenstubenartigem Nachbau eines aus der Zeit gefallenen Stadtbildes auf Kosten heutiger Bedürfnisse und Notwendigkeiten nicht.

## Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, die Oberbürgermeisterwahl, die seit langem die Diskussionen und politischen Konstellationen bestimmt hat, ist vorbei. Die Wählerinnen und Wähler haben gesprochen. Der Amtsinhaber ist mit einem überraschend klaren Ergebnis wiedergewählt worden. Dazu gratuliere ich Herrn Jakobs.



Jetzt gilt es, nach vorn zu schauen. Wir haben uns bereits vor der Wahl für ein neues Verhältnis zwischen SPD und der LINKEN ausgesprochen. Es besteht die reale Chance, Schlussfolgerungen aus den vergangenen Jahren zu ziehen und die Kräfte zur Lösung der Probleme der Stadt zu bündeln.

Fragen wie die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, die Sanierung aller Schulen und Kitas, die Wiederherstellung und Sicherung von freien Uferwegen oder der Bau eines Tierheims stehen auf der Tagesordnung.

Die Tatsache wachsender sozialer Gegensätze in der Stadt kommt auch im Wahlergebnis zum Ausdruck. DIE LINKE will dem mit aller Kraft entgegenwirken und Möglichkeiten für einen sozialen Ausgleich suchen und anwenden.

Wir wollen Bürgerbeteiligung auf einem höheren Niveau praktizieren.

Sie können sich darauf verlassen:

DIE LINKE ist und bleibt treibende Kraft in Potsdam, die Partei für den Alltag, die Ihre Probleme zum Gegenstand der Stadtpolitik macht. Dabei werden wir den Oberbürgermeister an seinen Aktivitäten und Aussagen im Wahlkampf messen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## Neuer Start für den „Treffpunkt Freizeit“

Der „Treffpunkt Freizeit“ am Neuen Garten bekommt einen neuen Träger.

Ab Januar 2011 wird die Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH im Verbund mit dem Potsdamer Betreuungshilfe e.V. und dem Potsdamer



Kunstgenossen e.V. die größte Kinder- und Jugendeinrichtung der Stadt, die auch ein Mehrgenerationenhaus ist, mit Leben erfüllen. Das Konzept des Verbundes wurde von einer Jury als das beste der sieben Bewerber bewertet.

Die Vision, den Treffpunkt zu sehen als „lebendiges, offenes Haus für Kinder, Jugendliche, Eltern und Großeltern, als ein Mosaik von Angeboten, Organisationen und Vereinen, Initiativen, Menschen und Ideen mit einem inhaltlichen und organisatorischen Rahmen, der durch die gGmbH getragen und im Verbund gestaltet wird“, baut auf Bewährtem auf, führt es fort und lässt einen breiten Raum für neue Angebote, Ideen, Initiativen und bietet auch für neue Nutzer ein Betätigungsfeld.

Die drei den Verbund bildenden Partner sind echte Potsdamer Urgesteine, mit sehr viel Erfahrung in der Kinder-, Jugend- und Bürgerarbeit und ergänzen sich durch ihre doch sehr verschiedenen inhaltlichen Ausrichtungen.

Ich bin sicher, mit der Umsetzung des vorgelegten Konzeptes wird es gelingen, die Attraktivität und Anziehungskraft des Hauses noch besser zur Geltung zu bringen, und wünsche den „Neuen“ einen guten Start und viel Erfolg.

Dr. Sigrid Müller  
Jugendpolitische Sprecherin  
der Fraktion,  
Vorsitzende  
des Jugendhilfeausschusses

### Dringlichkeitsantrag zur Turnhalle der Grundschule am Griebnitzsee

Der Ausschuss für Bildung und Sport wird sich am 26. Oktober mit dem Dringlichkeitsantrag der LINKEN beschäftigen, die sich der Sorgen von Eltern, Kindern und Lehrern der Grundschule am Griebnitzsee angenommen hat. Der Eigentümer der Marienschule auf dem gemeinsamen Schulgelände, das Erzbistum Berlin, wolle im Juni 2011 mit dem Bau einer neuen Turnhalle beginnen und parallel dazu die alte Turnhalle abreißen, berichtete Hella Drohla. Damit könne im nächsten Schuljahr dort kein regulärer Sportunterricht stattfinden.

Die LINKE will erreichen, dass über den Abriss der Turnhalle erst entschieden wird, wenn die Schulverwaltung eine gleichwertige Alternative für den Sportunterricht anbieten kann.

### Teilhabeplan für Behinderte soll erarbeitet werden

In den Hauptausschuss überwiesen wurde ein Antrag der LINKEN, auf der Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention einen Lokalen Teilhabeplan für die Landeshauptstadt aufzustellen und eine städtische Koordinierungsstelle einzurichten.

Jana Schulze begründete, da die UN-Behindertenrechtskonvention seit 2009 in Deutschland rechtskräftig ist, solle sich die Landeshauptstadt dem Beispiel auch der Partnerstadt Bonn anschließen und einen „Kommunalen Teilhabeplan“ erarbeiten. „Kommunalpolitisch beweist die Praxis, dass nach wie vor keine Überlegungen für ein Gesamtlösungskonzept angestellt werden, sondern nach wie vor Einzellösungen isoliert betrachtet wer-

den“, sagte sie. In die Erarbeitung sollen die örtlichen Akteure einbezogen werden. „Potsdam inklusiv – auf dem Weg zum Behindertenpolitischen Teilhabeplan“ sollte es bald heißen.

### Gesundheitsgasse soll wieder hergestellt werden

In den Finanzausschuss zur Diskussion wurde ein Antrag überwiesen, mit dem die LINKE den Fußweg „Gesundheitsgasse“, der das Wohngebiet der Brandenburger Vorstadt direkt mit dem Bahnhof Charlottenhof verbindet, wieder hergestellt wissen will.

Um den Weg wieder zu öffnen, müsste die Stadt die Fläche für den Weg von den anliegenden Grundstückseigentümern kaufen, begründete Ralf Jäkel. Der Vorteil für die Allgemeinheit rechtfertige die Investition.

### Zwei Fahrspuren bei Bauarbeiten erhalten

Bei den angekündigten Bauarbeiten in der Breiten Straße zwischen Dortu- und Schlossstraße im nächsten Jahr sei eine durchgängige Offenhaltung von zwei Fahrspuren in beiden Richtungen als zwingende Bedingung mit in die Ausschreibung aufzunehmen, schlägt die LINKE vor.

Für eine halbwegs flüssige Bewältigung des Verkehrs auf der Breiten Straße müsse eine intelligente Baulogistik gefordert werden, begründete Ralf Jäkel. Die Erfahrungen mit den Bauarbeiten auf der Langen Brücke bestätigen die Notwendigkeit.

Der Antrag wird in den Ausschüssen Stadtentwicklung und Bauen sowie Kultur, Umwelt und Landwirtschaft behandelt.

### Sortimentsbeschränkung in Bahnhofspassage aufgehoben

Nach der Diskussion im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ist ein Antrag der LINKEN bereits vollzogen worden: Die Sortimentsbeschränkung in den Bahnhofspassagen – ein von der Fraktion der LINKEN immer wieder aufgeworfenes Thema – ist aufgehoben worden. Damit soll der Bahnhof als Tor zur Stadt sich in hoher Aufenthaltsqualität weiter entwickeln können.

### Geld für „Integrazia“

Hella Drohla hatte sich mit der Bitte um Unterstützung an die Stadtverordneten gewandt, der Kinderspieltruppe „Integrazia“ bei der Finanzierung ihres Projektes beim Internationalen Theaterfestival in Tallinn mit 2000 Euro zu helfen. Das Kindertheater sei ein Botschafter der Landeshauptstadt bei vielen Gelegenheiten. Bisherige Anträge bei der Stadt seien gescheitert.

Eine Diskussion erübrigte sich, nachdem die Beigeordnete Elona Müller mitgeteilt hatte, dass sie inzwischen dafür 2700 Euro bewilligt habe.

### Weiter ohne Konzept für die Nahversorgung

Die Stadt wird die Nahversorgung in den Wohngebieten weiterhin ausschließlich dem Markt überlassen, denn die Rathauskooperation lehnte einen Antrag der LINKEN, ein Nahversorgungskonzept für die Landeshauptstadt zu erarbeiten, ab. „Der Markt regelt nicht alles“, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Zwar könne man als Stadt keine Einzelhandelseinrichtungen betreiben, aber die Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Einrichtung neuer Standorte in den Wohngebieten langfristig beeinflussen. Es gebe Beispiele, wie jüngst im Schilfhof, dass mit konzentrierter, zielgerichteter Arbeit die Ansiedlung eines Marktes gelingen kann.

Dem Argument, die Stadt habe ein Einzelhandelskonzept, hielt Scharfenberg entgegen, dass das Einzelhandelskonzept im Wesentlichen beschränkend angelegt sei, ein Nahversorgungskonzept müsse gestaltend wirken.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

### Hotel „Mercure“ nicht für Abriss kaufen

Ein „deutliches Signal gegen den Abriss“ des Hotels Mercure wollte die Stadtver-



*Im Schilfhof soll es bald anders aussehen. Es ist gelungen, dank zielgerichteter Arbeit der Fraktion DIE LINKE einen Nahversorger als Ersatz für den verlassenen Markt wieder anzusiedeln.*

ordnetenversammlung nicht setzen, wie es Hans-Jürgen Scharfenberg im Antrag der LINKEN forderte. Das Hotelgebäude solle für die nächsten 25 Jahre Planungssicherheit haben und als Bestandteil der Innenstadtentwicklung betrachtet werden. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

### Potenzialanalyse Einzelhandel nur in der Schublade

Abgelehnt wurde auch der Antrag der LINKEN, für die beauftragte Analyse des Einzelhandelpotenzials in der Innenstadt und in Babelsberg einen Endtermin vorzuschlagen.

## Beschlossen

### Einwohnerfragestunde im Internet veröffentlichen

Kaum zu glauben, dass ein Antrag, die Arbeit von Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung für die Bürgerinnen und Bürger transparenter zu machen, lange Diskussionen auslöst. Birgit Müller hatte für die LINKE beantragt, dass die Fragen und Antworten aus der Einwohnerfragestunde ins Internetportal der Landeshauptstadt gestellt werden sollen – einbezogen auch die Antworten, wenn Fragesteller nicht in der Einwohnerfragestunde anwesend sind. Eine nicht zu bewältigende Flut von Anfragen wurde befürchtet, und mit der generellen öffentlichen Beantwortung würde man auch zum Missbrauch einladen. „Missbrauch zu unterstellen, ist ungehörig“, wies Hans-Jürgen Scharfenberg die Gegenredner zurecht. Gregor Vöhse von den Anderen ergänzte: es wäre kein Missbrauch sondern Gebrauch der staatsbürgerlichen Rechte und bezeichnete diesen

Antrag angesichts der geringen Wahlbeteiligung bei der Oberbürgermeisterwahl als genau richtig. Der Antrag wurde – ohne, dass er noch in Beratungen von Ausschüssen überwiesen wurde – mehrheitlich angenommen.

### Umsetzung Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“

Der Antrag der LINKEN, das Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ zur Förderung von befristeten zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Potsdam zu organisieren, werde bereits umgesetzt, informierte Beigeordnete Elona Müller. Antragsteller aus der Landeshauptstadt werden mit 150 Euro im Monat aus den Einsparungen bei den Unterkunftskosten unterstützt. Für 2011 werde mit 25 Stellen gerechnet. Über den aktuellen Stand ist zum Jahresende erneut zu informieren.

### Direkten Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen

Der Oberbürgermeister soll nach einem Antrag der LINKEN prüfen, ob und wie über eine einzurichtende Internetplattform der direkte Dialog zwischen Verwaltungsspitze und den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden kann. Im November ist zu berichten.

### Forderung an Land: Kommunal Finanzen stärken

Ausdrücklich begrüßte Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag der SPD und CDU/ANW, die sich zu dem Vorschlag ermuntern ließen, das Land Brandenburg aufzufordern, die Kommunal Finanzen im Land nach dem so genannten Kommunalmodell zu stärken. Bis auf die FDP war man sich darin einig, die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen zu erhalten.

**Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**  
Stadthaus, Raum 3.107, Beginn 18 Uhr  
18. und 25. Oktober; 01.; 08. und 15. November 2010

**24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**  
Stadthaus, Plenarsaal  
03. November 2010, Beginn 15 Uhr

**Frühschoppen „Rathausreport live“**  
Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30, Waldstadt II  
07. November 2010, Beginn 10 Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 8/2010**  
**Stadthaus, Raum 3.107**  
12. bis 17. November 2010 (außer Sa./So.)

**Info-Stände in den Stadtteilen:**

**12. November 2010**

14:30 Uhr Kepler-Platz/Am Stern  
15:00 Uhr Rathaus Babelsberg  
15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Drewitz  
16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße/ Waldstadt II

**13. November 2010**

10:00 Uhr Markt-Center / Breite Straße  
10:00 Uhr Weberplatz Babelsberg  
10:00 Uhr REWE-Markt / Zentrum Ost  
10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz/Am Schlaatz  
10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

**Bürgersprechstunde**

**Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL,**  
am 19. Oktober 2010 um 17 Uhr  
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39  
(Bürgerhaus Stern\*Zeichen)  
Anmeldungen sind möglich unter:  
Tel.: 0331/600 50 69;  
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

**DIE LINKE-Stadtverordnete fragten – die Verwaltung antwortete**

**Gutachten zum Bahnanschluss des BBI im IV. Quartal**

Im Laufe des Jahres sollten seitens der Stadt Gespräche über die Bahnverbindung zum BBI mit einem möglichen Halt im Bahnhof Potsdam Pirschheide geführt werden. Welche Ergebnisse haben diese Gespräche gebracht, wollte Anita Tack wissen.

Oberbürgermeister Jann Jakobs informierte, er habe in Gesprächen mit dem Ministerium für Infrastruktur, der Deutschen Bahn und dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg vereinbart, dass ein Gutachten erarbeitet werde, wie die Anbindung des Umlandes an den BBI geschehen solle. Im IV. Quartal sei ein Ergebnis zu erwarten.

**Keine Antwort zum Parkplatz Marquardt**

Infrastrukturminister Vogelsänger habe bei einem Besuch in Marquardt signalisiert, dass – angesichts der Parkplatzprobleme für die Besucher der Ausstellung „Rohkunstbau“ – ein Parkplatz am Ortseingang denkbar sei. Gibt es Aktivitäten der Stadt mit dem Ministerium dazu, fragte Dr. Sigrid Müller.

Sie habe um Auskunft beim Ministerium gebeten, antwortete die zuständige Beigeordnete Elona Müller, aber bisher keine Antwort erhalten.

Auf die Nachfrage, wann mit einer Antwort zu rechnen sei, warf Matthias Klipp ein, dass „gute“ Behörden im Regelfall in etwa vier Wochen antworten – und ertete lautes Gelächter der Stadtverordneten, die offensichtlich ganz andere Erfahrungen mit den Antwortfristen von Verwaltungen haben.

**Rechtsabbiegepfahl mit Sicherheitsbedenken**

Jana Schulze hatte sich eines Anwohneranliegens angenommen und gefragt, ob sich im Interesse des Verkehrsflusses ein Rechtsabbiegepfahl von der Galileistraße in die Max-Born-Straße einrichten ließe.

Beigeordnete Elona Müller verneinte: Nach Rücksprache mit der Straßenverkehrsbehörde sei dies ein Sicherheitsrisiko für die vielen Schüler der anliegenden Grundschule und des Gymnasiums, die bei Grün den Fußgängerüberweg benutzen.

**Beleuchtung Schiffbauergasse soll verbessert werden**

Nicht zuletzt bei der 24-Stunden-Aktion auf dem Gelände der Schiffbauergasse sei wieder offenbar geworden, dass die Beleuchtung des gesamten Kulturareals unzulänglich ist. Welche Vorstellungen gibt es, diese zu verbessern, fragte Dr. Karin Schröter.

Beigeordneter Matthias Klipp pflichtete ihr bei, die Notwendigkeit sei bekannt, allerdings, wenn es um eine nachhaltige Lösung gehe, dann sei es nicht mit einfachen Straßenlaternen getan. Ein Gestaltungskonzept müsse entwickelt werden, Investitionen und Betriebskosten geplant werden. Er schlug vor, das Thema mit in das zur Zeit erarbeitete Lichtkonzept für die Landeshauptstadt Potsdam aufzunehmen und dann für die Haushaltspläne 2011 und die Folgejahre zu diskutieren.

**Kostenloses Schulessen verstärkt genutzt**

Mit der vereinfachten Antragstellung für ein kostenloses Schulessen habe sich die Zahl der Essenteilnehmer wesentlich erhöht, stellte Hella Drohla fest und fragte: Ist das Geld im laufenden Haushalt der Stadt gesichert?

Der Anstieg von 178 Härtefällen sei gleichzeitig mit einem Rückgang von Anträgen für bezuschusstes Essen einhergegangen. Die Finanzierung durch die Stadt mit 300.000 Euro sei gesichert. Im nächsten Jahr rechne man mit 360.000 Euro, informierte Beigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski.

Über die Auswirkungen der angekündigten bundespolitischen Entscheidungen könne sie noch nichts sagen.

**RATHAUSREPORT**

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19